

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atomtransporte

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Transporte einerseits von
 - Atombrennstoffen und Vorprodukten und andererseits von
 - Atommüll (schwach-, mittel- und hochradioaktiv)haben seit 1983 die Stadt Hamburg berührt
 - auf den Straßen,
 - auf den Schienen und
 - im Hafen (bitte getrennt nach Stoffart und Verkehrsweg angeben)?
2. Welche Kontrollen (in welcher Weise, wie oft) haben im Straßen- und Schienenverkehr sowie im Hamburger Hafen stattgefunden, um die jeweilige Ladung (Atombrennstoff, Atommüll) festzustellen?
3. Welche Substanzen mit Uran und mit Plutonium und jeweils in welchen Mengen wurden seit 1983 durch den Hamburger Hafen verschickt oder angelandet?
4. Welche Mengen an radioaktiven, für militärische Zwecke nutzbar zu machenden Isotopen sind in den unter der ersten Frage genannten Transporten enthalten gewesen (wenn genaue Angabe nicht möglich, bitte Schätzwerte und Angabe, welche Stelle genaue Mengen weiß und überwacht)?
5. Was unternimmt der Senat zur Überwachung der unter Frage 1 genannten Transporte hinsichtlich der Korrektheit ihrer Ladung?
6. Wie wird sichergestellt und von wem, daß bei der Umladung von Atommüll oder Atombrennstoffen beispielsweise vom Schiff auf Lastwagen kein Ladungsstück „verloren“ geht?
7. Welche Möglichkeiten hat der Senat, die Kontrolle zu verbessern?

26. 01. 88

Antwort des Senats

Zu 1.:

Angaben über Art und Menge von radioaktiven Transporten durch Hamburg liegen dem Senat mangels statistischer Erfassung nicht vor (siehe auch Antwort zu 2. auf die Schriftliche Kleine Anfrage, Drucksache 12/604).

Zu 2. bis 4.:

Radioaktive Güter, die mit See- oder Binnenschiffen in den Hamburger Hafen eingebracht oder auf See- oder Binnenschiffen verladen werden sollen, sind 24 Stunden vor Eintreffen des Schiffes bzw. vor der Verladung bei der Wasserschutzpolizei anzumelden. Für Großquellen und Kernbrennstoffe gilt eine Anmeldefrist von 48 Stunden vor Abgang des Transports.

Hafensicherheitsbeamte der Wasserschutzpolizei kontrollieren die Einhaltung der Beförderungsvorschriften. Die Kontrolle des Schienenverkehrs obliegt der Deutschen Bundesbahn. Im Straßen- und Schienenverkehr werden Großquellen und Kernbrennstoffe beim Beginn des Transports kontrolliert. Daneben überprüfen die Umweltbehörde und die BfJS im Rahmen ihrer Zuständigkeit durch Kontrollen vor Ort stichprobenartig die Gamma-Dosisleistung.

Eine statistische Erfassung der Kontrollen, Substanzen und Mengen erfolgt in der Freien und Hansestadt Hamburg nicht.

Zu 5. bis 7.:

Die Überwachung der Ein- und Ausfuhr der über den Freihafen Hamburg beförderten Güter obliegt gemäß § 22 Absatz 2 Atomgesetz dem Freihafenamt. Hinsichtlich der übrigen Zuständigkeiten siehe Antwort zu 2. bis 4.

Um sicherzustellen, daß Deklaration und Inhalt eines Transportgutes übereinstimmen und daß während des Transportes kein Verlust von Ladungsstücken auftritt, ist ein integriertes System von Sicherheitsmaßnahmen unverzichtbar. Dazu muß der Weg der Ladung vom Hersteller bis zum Empfänger lückenlos verfolgt werden können. Hamburg als Transitland ist allein nicht in der Lage, den Inhalt der Transportbehälter zu prüfen und einen Verlust auszuschließen. Vielmehr ist erforderlich, daß jede einzelne radioaktive Sendung am Versandort behördlich kontrolliert wird, um sicherzustellen, daß der Inhalt jedes einzelnen versiegelten Verpackungstückes mit der Deklaration in den Beförderungspapieren übereinstimmt. Deshalb wird der Senat im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten auf Bund/Länder-Ebene darauf hinwirken, daß die Aufsicht insbesondere auch an dem Ort erfolgt, an dem Transportbehälter mit radioaktiven Stoffen gefüllt werden.